

## **Die Staatspolitische Kommission des Ständerates in der 47. Legislaturperiode, 2003 - 2007**

### **Inhaltsübersicht**

- 1 Auftrag
- 2 Behandelte Geschäfte in der 47. Legislaturperiode 2003 – 2007
- 3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen
- 4 Zeitaufwand der Kommission
- 5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten
- 6 Ausblick: wichtige Themen in der 1. Hälfte der 48. Legislaturperiode 2007 - 2009 im Zuständigkeitsbereich der Staatspolitischen Kommission (soweit z.Zt. voraussehbar)

### **1 Auftrag**

Gemäss Artikel 44 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes haben die Kommissionen folgenden Auftrag:

- a. Sie beraten die ihnen zugewiesenen Geschäfte zuhanden ihres Rates vor.
- b. Sie beraten und entscheiden über die ihnen vom Gesetz zur abschliessenden Beratung zugewiesenen Geschäfte.
- c. Sie verfolgen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen.
- d. Sie arbeiten Vorschläge in ihren Zuständigkeitsbereichen aus.
- e. Sie unterbreiten der Konferenz der Präsidien der Aufsichtskommissionen und -delegationen Anträge oder dem Bundesrat Aufträge für Wirksamkeitsüberprüfungen und wirken bei der Schwerpunktsetzung mit.
- f. Sie berücksichtigen die Resultate von Wirksamkeitsüberprüfungen.

Durch Bürobeschluss vom 8.11.1991 wurden der Staatspolitischen Kommission folgende Sachbereiche zugewiesen: Bundesbehörden (ohne Bundesgericht), Bundespersonal, Bund und Kantone, Gewährleistung der kantonalen Verfassungen, politische Rechte, Bürgerrecht, Ausländerfragen, Asylwesen, Staat und Kirche.

## 2 Behandelte Geschäfte in der 47. Legislaturperiode 2003 - 2007

### 21 Statistischer Überblick

Die Staatspolitische Kommission des Ständerates hat insgesamt 116 Geschäfte vorgeberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf (in Klammern: Vergleichszahlen 46. Legislaturperiode 1999-2003):

	<b>Geschäftstyp</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Verhältniszahlen</b>
a.	Erlassentwürfe des Bundesrates	30 (28)	
b.	Berichte des Bundesrates	5 (1)	
c.	Mitberichte zu Erlassentwürfen	-- (2)	
d.	Vorprüfungen von Parlamentarischen Initiativen	4 (4)	<i>Folge geben: 4</i>
d <sup>bis</sup> .	Stellungnahmen zu positiven Vorprüfungen der Schwesterkommission	16 (--)	<i>Zustimmung: 12 Ablehnung: 4</i>
e.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	6 (3)	<i>Folge geben: 2 keine Folge geben: 4</i>
f.	Ausarbeitung einer Vorlage (Pa.Iv. / Kt.Iv. 2. Phase, Komm.Iv.)	1 (11)	<i>Annahme: 1</i>
g.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete Pa.Iv.)	7 (8)	<i>Zustimmung: 4 Ablehnung: 3</i>
h.	Kommissions-Vorstösse	1 (8)	<i>Motion: 1</i>
i.	Motionen des anderen Rates	14 (4)	<i>Annahme: 7 Ablehnung: 4 Annahme mit Abänderung: 2 Umwandlung in Postulat: 1</i>
j.	Petitionen	19 (12)	<i>Keine Folge geben: 15 Mit anderem Geschäft: 4</i>
k.	Interne Geschäfte	13 (4)	
	<b>Total</b>	<b>116 (92)</b>	

### 22 Erlassentwürfe des Bundesrates und des anderen Rates

Die wichtigsten Erlassentwürfe:

- 01.462 n Pa.Iv. Die demokratische Kontrolle sichern. Änderung des Finanzhaushaltgesetzes
- 02.024 n Ausländergesetz
- 02.060 n Asylgesetz. Teilrevision
- 03.013 s Öffentlichkeitsgesetz
- 03.448 n Pa.Iv. Medien und Demokratie
- 04.010 s Vernehmlassungsgesetz
- 04.483 / 04.449 n Pa.Iv. Legislaturplanung
- 04.463 n Pa.Iv. Rolle des Bundesrates bei Volksabstimmungen

- 05.054 s Volkssouveränität statt Behördenpropaganda. Volksinitiative
- 05.073 n Bundesgesetz über die Pensionskasse des Bundes
- 06.009 s Zwangsanwendungsgesetz
- 06.086 n Für demokratische Einbürgerungen. Volksinitiative
- 06.425 n Pa.Iv. Presseförderung mittels Beteiligung an den Verteilungskosten
- 06.093 s Bundesgesetz über die eidgenössische Volkszählung

Auffallend sind die doch zahlreichen Erlassentwürfe des Nationalrates, mit denen sich die SPK-S zu beschäftigen hatte.

### **23 Ausarbeitung einer Vorlage**

Die SPK hat ihrem Rat in Umsetzung einer parlamentarischen Initiative folgenden Erlassentwurf unterbreitet:

03.454s Pa.Iv. Pfisterer Thomas. Ergänzung des Bürgerrechtsgesetzes

### **24 Übrige Aktivitäten**

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte behandelte die Staatspolitische Kommission im Sinne von Art. 44 Abs. 1 Bst. c und d (ParlG) (siehe Ziff. 1) verschiedene aktuelle Probleme aus ihrem Zuständigkeitsbereich:

- Verfassungsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit Staatsverträgen. Information und Aussprache mit EJPD/EDA (SPK/CIP 04-02) (9.2.04)
- Evaluation der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (1998) durch die PVK. Information durch die Subkommission EJPD der GPK und die PVK (13.1.05)
- Beglaubigung der Unterschriften für Volksinitiativen und Referenden (SPK/CIP 06-01). Anhörung der Bundeskanzlei (10.4.06)

Weiter liess sich die Kommission in Anwendung von Art. 151 ParlG zu den Verordnungsentwürfen zu folgenden, von ihr vorberatenen Vorlagen konsultieren:

- Ausländergesetz (02.024)
- Asylgesetz. Teilrevision (02.060)

### **3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen**

#### **31 Präsidium**

- Präsident Wintersession 2003 - Wintersession 2005: Studer Jean
- Vizepräsidentin Wintersession 2003 - Wintersession 2005: Heberlein Trix
- Präsidentin Wintersession 2005 – Wintersession 2007: Heberlein Trix
- Vizepräsident Wintersession 2005 – Wintersession 2007: Inderkum Hansheiri

#### **32 Mitglieder der Kommission**

- Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 2003: Briner, Brunner Christiane, Büttiker, Escher, Heberlein, Inderkum, Kuprecht, Leuenberger-Solothurn, Reimann, Saudan, Schmid-Sutter Carlo, Stähelin, Studer Jean
- Rücktritte und neue Mitglieder seit der Wintersession 2003:  
Slongo ersetzt Stähelin ab Wintersession 2005  
Bonhôte ersetzt Studer ab Wintersession 2005  
Gentil ersetzt Leuenberger Ernst ab Wintersession 2005  
Bischofberger ersetzt Schmid Sutter Carlo ab Sommersession 2007

#### **33 Subkommissionen**

Die Kommission hat folgende Subkommission gebildet:

- Subkommission „Bürgerrechtsgesetz (03.454)“; Mitglieder: *Inderkum*, Briner, Kuprecht, Studer Jean (Frühjahrssession 2004 – Sommersession 2005)

## **4 Zeitaufwand der Kommission**

### **41 Kommission**

Die insgesamt 26 Sitzungen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 34 *Sitzungstage* beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 145 Stunden (gut 4 1/4 Stunden pro Sitzungstag).

Zum Vergleich:

- 1999-2003: 29 Sitzungen, 40 Sitzungstage, 164 Sitzungsstunden
- 1995-1999: 25 Sitzungen, 36 Sitzungstage, 159 Sitzungsstunden

### **42 Subkommission**

Die insgesamt 2 Sitzungen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 2 *Sitzungstage* beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 2 3/4 Stunden (knapp 1 1/2 Stunden pro Sitzungstag).

## **5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten**

### **51 Prüfung von Bundesratsvorlagen**

Nach der zeitlich verzögerten Erstberatung durch den Nationalrat gelangten die Teilrevision des Asylgesetzes (02.060) und die Totalrevision des Ausländergesetzes (02.024) im 2. Quartal 2004 erstmals zur Vorberatung und im 3. Quartal 2005 zur Differenzbereinigung in die SPK-S. Insbesondere auch die vom Bundesrat am 25. August 2004 neu gestellten Anträge hatten zur Folge, dass die Vorberatung der beiden Vorlagen sehr zeitaufwändig und zum eigentlichen Schwerpunkt der ersten Legislaturhälfte wurden (Beratungszeit für das Asylgesetz ca. 21 Std., für das Ausländergesetz ca. 17 Std.).

In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode bildeten die Schwerpunkte Vorlagen aus dem Finanzdepartement (05.073 n Bundesgesetz über die Pensionskasse des Bundes) und dem Departement des Innern (05.083 s Harmonisierung amtlicher Personenregister. Bundesgesetz; 06.093 s Bundesgesetz über die eidgenössische Volkszählung. Totalrevision).

Die Kommission hatte sich auch mit Volksinitiativen zu befassen: 05.054 s Volkssouveränität statt Behördenpropaganda sowie 06.086 n Für demokratische Einbürgerungen.

### **52 Vorprüfung von parlamentarischen Initiativen / Standesinitiativen**

Parlamentarische Initiativen spielen traditionsgemäss in der SPK-S – im Unterschied zur SPK-N – eine weniger bedeutende Rolle. Es werden viel weniger parlamentarische Initiativen eingereicht als im Nationalrat. Allerdings können die eingereichten parlamentarischen Initiativen mit einer grossen Erfolgchance in der Kommission

rechnen: So hat die SPK-S allen vier von ihr vorgeprüften parlamentarischen Initiativen Folge gegeben. Allerdings wurden diese positiven Vorprüfungsentscheide in der Kommission des anderen Rates nicht immer wohlwollend aufgenommen. In drei Fällen verweigerte die SPK-N nämlich ihre Zustimmung, welche gemäss dem neuen Verfahren zur Vorprüfung notwendig ist, damit eine Vorlage ausgearbeitet werden kann. Die Kommission und auch das Sekretariat konnten sich durch das neue Verfahren also viel Arbeit ersparen, indem auf die Ausarbeitung von Vorlagen verzichtet wurde, welche wahrscheinlich im Nationalrat keinen Erfolg gehabt hätten.

Umgekehrt hatte sich die SPK-S sogar 16mal zu positiven Vorprüfungsentscheiden der SPK-N zu äussern, wobei sie 12mal grünes Licht gab und viermal die Ausarbeitung einer Vorlage unterband.

### **53 Ausarbeitung von Gesetzes- und Beschlussentwürfen ("2. Phase" von parlamentarischen und kantonalen Initiativen / Kommissionsinitiative)**

Die Kommission hatte nur einen Erlassentwurf auszuarbeiten, nämlich zur pa.IV. Pfisterer (03.454) einen Entwurf zur Änderung des Bürgerrechtsgesetzes.

Die Kommission war somit weit weniger mit der Ausarbeitung von parlamentarischen Initiativen beschäftigt als ihre Schwesterkommission des Nationalrates.

### **54 Regelmässige Verfolgung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen (ParIG Art. 44 Abs. 1 Bst. c)**

Angesichts der starken Belastung der Kommission durch zugewiesene Geschäfte - neben den vom Bundesrat unterbreiteten Geschäften, hatte sich die SPK-S auch mit zahlreichen Erlassentwürfen des Nationalrates zu befassen - stand im Berichtszeitraum wenig Zeit zur Verfügung für eine nicht unmittelbar auf gesetzgeberische Ziele ausgerichtete Beschäftigung mit Themen (vgl. Ziff. 24).

### **55 Koordination mit anderen Kommissionen**

Das neue Verfahren der Vorprüfung von parlamentarischen Initiativen führte zu einer engeren Zusammenarbeit mit der für denselben Sachbereich zuständigen Kommission des anderen Rates (vgl. Ziff. 52).

### **56 Mitwirkung des Parlamentes in der Aussenpolitik**

Der SPK stehen gemäss Artikel 152 ParIG Informations- und Konsultationsrechte in der Aussenpolitik zu, sofern ihr sachlicher Zuständigkeitsbereich (z.B. die internationale Zusammenarbeit im Asylbereich) betroffen ist.

Gemäss Artikel 152 Absatz 2 ParIG informiert der Bundesrat die Aussenpolitischen Kommissionen (APK) „regelmässig, frühzeitig und umfassend über wichtige aussenpolitische Entwicklungen“. Die APK „leiten diese Informationen an andere zuständige Kommissionen weiter“. Die SPK hat in der Berichtsperiode von der APK keine ihren sachlichen Zuständigkeitsbereich betreffenden Informationen erhalten.

Ebenfalls machte die SPK von Artikel 152 Absatz 5 ParlG keinen Gebrauch, wonach sie auch aus eigener Initiative vom Bundesrat verlangen könnte, dass er sie informiert oder konsultiert.

## **6 Ausblick: Themen der 1. Hälfte der 48. Legislaturperiode 2007 - 2009 im Zuständigkeitsbereich der Staatspolitischen Kommission (soweit z.Zt. voraussehbar)**

Vorlagen, welche von der Nationalratskommission ausgearbeitet werden und allenfalls vom Ständerat als Zweitrat zu behandeln sein werden:

- 03.401 n Pa.Iv. Einführung des Finanzreferendums
- 03.436 n Pa.Iv. Faire Abstimmungskampagnen
- 05.463 n Pa.Iv. Scheinehen unterbinden
- 06.414 n Pa.Iv. Änderung Bürgerrechtsgesetz. Nichtigkeitserklärung
- 06.458 n Pa.Iv. Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative
- 07.400 n Pa.Iv. Parlamentsrecht. Verschiedene Änderungen

Die SPK-S wird eine Gesetzesvorlage ausarbeiten zur Umsetzung von 06.463 Pa.Iv. Reimann Maximilian. Steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien.

Von Seiten des Bundesrates sind folgende Vorlagen angekündigt:

- 07.083 s Schengener Grenzkodex. Änderungen im Ausländer - und Asylrecht
- Dringliche Änderung des Asylgesetzes betr. Deserteure
- Änderung des Bundespersonalgesetzes
- Sanierung der Pensionskasse SBB (Zuweisung an SPK, KVF oder SGK)
- Verbesserung des Schutzes der „Marke Schweiz“ (SPK, RK oder WAK)

Falls sie zustande kommen, wird sich die SPK mit folgenden Volksinitiativen beschäftigen müssen:

- eidg. Volksinitiative ‚für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)‘,
- eidg. Volksinitiative ‚gegen den Bau von Minaretten‘.

Erfahrungsgemäss ist damit zu rechnen, dass auch in der neuen Legislaturperiode einzelne Vorkommnisse insb. im Parlamentsbetrieb und bei der Ausübung der Volksrechte Anlass geben werden, um weitere, zurzeit noch nicht vorhersehbare Rechtsänderungen zur Diskussion zu stellen.